

Ungarn

Heiko Fürst

Die öffentlichkeitswirksamste Figur des politischen Lebens in Ungarn war im vergangenen Jahr ein ausländischer Staatsbürger: der amerikanische Investor George Soros. Die von ihm finanzierten Institutionen und deren Leitbild einer liberalen „offenen Gesellschaft“ waren der regierenden Fidesz-Partei ein Dorn im Auge. Die Bekämpfung dieses Gedankenguts stand prominent im Lichtkegel der Wahlkampfpropaganda. Zur Legitimation diente der Regierung die Erfindung einer großen Verschwörungserzählung mit Soros als vermeintlich zentralem Strippenzieher. Der Förderer vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen in Osteuropa verfolge einen heimlichen Plan zur Umvolkung Europas, bei dessen Umsetzung er sich der EU („Brüssel“) als Erfüllungsgehilfin bediene. Als Gegenmaßnahme hielt die Regierung im Herbst 2017 hierzu eine ihrer gewohnt tendenziösen Nationalen Konsultationen ab. Im Wahlkampf plakatierte sie großflächig mit Soros‘ Konterfei und der Aufschrift, Soros solle nicht als Letzter lachen. Die Propaganda war so erfolgreich, dass nach einer Erhebung des Umfrageinstituts Policy Agenda zwei Drittel der Wahlberechtigten der unzutreffenden Behauptung Glauben schenkten, George Soros trete mit einer eigenen Partei bei den ungarischen Parlamentswahlen an.¹ Nach einem überwältigenden Wahlsieg verabschiedete Fidesz schließlich das entsprechende Anti-Soros-Gesetzespaket.

Der übermächtige antimagyarische Strippenzieher

Im Juli 2016 hatte der gebürtige Ungar George Soros in einem Meinungsbeitrag im Magazin Foreign Policy konstatiert, die Flüchtlingskrise habe fremdenfeindliche und nationalistische Bewegungen in ganz Europa gestärkt. Dies zerstöre Vertrauen und führe zur Desintegration Europas. Statt zusammen an Lösungen zu arbeiten, verschanzten sich die Länder hinter eigen-nützigen Migrationspolitiken zu Lasten ihrer Nachbarn. Es bedürfe aber einer umfassenden, gemeinschaftlichen Lösung, um eine Katastrophe abzuwenden. Soros entwickelte hierfür sieben Ansatzpunkte.² Ungarns regierende Fidesz-Partei als Vorreiterin nationaler Blockade-politik erklärte Soros daraufhin zum „schamlosen politischen Akteur“ mit einer „radikalen politischen Agenda“, die er auf der ganzen Welt auch gegen den Willen der lokalen Bevölkerung durchsetzen wolle.³ Der Soros-Plan, so Ministerpräsident Viktor Orbán auf einer Frakti-onssitzung, sei die eigentliche Gefahr, und „Brüssel“ wolle diesen Plan umsetzen.⁴

1 Richárd Szilágyi: A pirézek után a Soros-párt létezésében is hisznek a magyarok, 29.1.2018, abrufbar unter: <https://zoom.hu/hir/2018/01/29/a-pirezek-utan-a-soros-part-letezeseben-is-hisznek-a-magyarok/> (letzter Zugriff: 24.6.2018).

2 Siehe George Soros: This Is Europe’s Last Chance to Fix Its Refugee Policy, in: Foreign Policy, 19.7.2016, abrufbar unter: <http://www.foreignpolicy.com/> (letzter Zugriff: 13.6.2018).

3 So Regierungssprecher Zoltán Kovács: Why do we say ‘Stop Soros’? Just ask the people of the United Kingdom, 9.2.2018, abrufbar unter: <http://abouthungary.hu/blog/why-do-we-say-stop-soros-just-ask-the-people-of-the-united-kingdom/> (letzter Zugriff: 28.2.2018).

4 Nemzeti konzultáció lesz a Soros-tervről, 13.9.2017, abrufbar unter: <http://www.origo.hu/itthon/20170913-fidesz-fraccio-orban-viktor.html> (letzter Zugriff: 24.6.2018).

Bei der damit einhergehenden Kampagne handele es sich um eine „Frage von Leben und Tod für Ungarn.“⁵

Auf europäischer Ebene wehte Ungarn weiterhin ein schroffer Wind entgegen. Mitte Mai leitete die Europäische Kommission den nächsten Schritt im 2015 gestarteten Vertragsverletzungsverfahren wegen Ungarns Asyl- und Migrationspolitik ein. Die Situation, so die Kommission, habe sich durch die Gesetzesanpassung vom März 2017 weiter verschlechtert. In der Kritik standen die Art der Asylverfahren, die illegale Zurückweisung von Migranten in Drittstaaten und die Nichteinhaltung der Europäischen Menschenrechtscharta bei der Aufnahme von Flüchtlingen.⁶ Einen Monat später kündigte Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos Sanktionen gegen Polen, Ungarn und Tschechien wegen ihrer Weigerung zur Aufnahme von Flüchtlingen nach der Verteilungsquote an.⁷ Die Klage gegen die Quote, die Ungarn und die Slowakei Ende 2015 angestrengt hatten, wies der Europäische Gerichtshof Anfang September ab. Dennoch kündigte Ministerpräsident Orbán an, Ungarn werde die Quote nicht umsetzen. Die gleichgeschalteten ungarischen Medien rügten das Urteil als politisch, und Außenminister Péter Szijjártó ergänzte, die Entscheidung vergewaltige das europäische Recht.⁸ Im Dezember erklärte die Europäische Kommission, sie werde Ungarn wegen fehlender Umsetzung der Verteilungsquote und wegen der Änderung des Hochschulgesetzes vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen.⁹ Die Anpassung des Hochschulgesetzes behindert den Weiterbetrieb der von der Soros-Stiftung gegründeten renommierten Central European University (CEU). Trotz drohender hoher Strafzahlungen zeigte sich Regierungschef Orbán kämpferisch. Kooperationsangebote der Opposition zur Modifikation des Hochschulgesetzes lehnte er ab.

Bei der Nationalen Konsultation wurden die unliebsamen Entscheidungen der Europäischen Union mit dem kosmopolitischen Anliegen von Soros vermennt und in einer national aufgeladenen Atmosphäre zur Abstimmung gestellt. Selbst der frühere Stellvertreter Orbáns als Ministerpräsident und heutige EU-Kommissar, Tibor Navracsics, stellte ausdrücklich klar, die EU verfolge keinen Soros-Plan und die Konsultation sei reiner Wahlkampf.¹⁰ Das Instrument Nationaler Konsultationen wurde seit 2011 sieben Mal eingesetzt, hat keinerlei Verbindlichkeit, wird in der Regel propagandistisch genutzt und verschlang bis Juni 2017 acht Mrd. Forint (ca. 25 Mio. Euro) Steuergelder.¹¹ Erreicht wird in erster Linie das Lager der Fidesz-Anhänger, dessen Themen auch ausschließlich gesetzt werden.¹² Entsprechend stimmten im Ergebnis der Soros-Konsultation durchschnittlich 97,9 Prozent der Teilnehmer den Soros- und EU-kritischen Positionen zu.¹³

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Soros' Kampagne gegen Orbán, 2.12.2017.

6 European Commission – Press release: Commission follows up on infringement procedure against Hungary concerning its asylum law, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1285_EN.htm (letzter Zugriff: 13.6.2018).

7 Nikolaj Nielsen/Eszter Zalan: Czech Republic, Hungary, Poland face EU sanctions on migrants, in: EUobserver, 13.7.2017; für länderspezifische Informationen siehe die Beiträge „Polen“ und „Tschechische Republik“ in diesem Jahrbuch.

8 Nemzeti konzultáció, 2017; Frankfurter Allgemeine Zeitung: Ungarn und Slowakei müssen Flüchtlinge aufnehmen, 7.9.2017.

9 Eszter Zalan: Commission takes Orbán's Hungary to court, in: EUobserver, 7.12.2017; zur rechtlichen Bewertung der Änderung des Hochschulgesetzes siehe den Beitrag „Die Europäische Union und der Europarat“ in diesem Jahrbuch.

10 Eszter Zalan: Orbán stokes up his voters with anti-Soros 'consultation', in: EUobserver, 22.11.2017.

11 Népszava: Marad a nemzeti manipuláció, 2.6.2017.

12 So der Politologe Attila Juhász in: Ákos Zoltai: Nagy nemzeti manipuláció, in: Népszava, 6.6.2017.

Ungarn und der Brexit

Den geplanten Austritt Großbritanniens aus der EU nutzte die Fidesz-Regierung für eine Vermengung der im Vorfeld zu klärenden spezifischen Fragen mit generellen Vorbehalten gegen unliebsame Politiken der Gemeinschaft (insbesondere in der Flüchtlingspolitik). Gleichzeitig nahm sie den Brexit zum Anlass, die Finalitätsdebatte neu aufleben zu lassen. Hier positionierte sich Ungarn gegen weitere Integration in Richtung Politischer Union. Der Brexit, so Staatssekretär Zoltán Kovács, sei eine Lehrstunde, und Ungarn werde gegen die Bürokraten aus Brüssel unerbittlich kämpfen.¹⁴ Unmittelbar vor dem Frühjahrstreffen des Europäischen Rats im März 2018 veröffentlichte Ministerpräsident Orbán auf Facebook eine Videobotschaft, in der er Ungarns Unterstützung für die Souveränität Großbritanniens zum Ausdruck brachte. Generell sei es inakzeptabel, dass die Bürger eines EU- oder NATO-Mitgliedslandes auf ihrem eigenen Territorium „angegriffen“ würden. Ziel seiner Reise nach Brüssel sei daher, die Verteidigung der ungarischen Interessen auch in Zukunft sicherzustellen.¹⁵ Oppositionsvertreter zogen teilweise gegenteilige Schlussfolgerungen aus dem Brexit, spielten in der Debatte aber eine untergeordnete Rolle.

Parlamentswahlen

Die Neuwahlen zum ungarischen Parlament fanden am 8. April 2018 statt. Der Sieg von Fidesz stand angesichts der andauernden Schwäche der Opposition bereits im Vorfeld fest. Fraglich war lediglich, ob eine Zweidrittelmehrheit zurückerlangt werden konnte. Die verzweifelte Lage der Opposition zeigte die kontrovers geführte Diskussion darüber, ob die sozialdemokratischen und liberalen Parteien mit der rechtsradikalen Jobbik Wahlbündnisse gegen Fidesz schließen sollten. Jobbik, die sich im Wahlkampf bewusst bürgerlich gerierte, galt als die aussichtsreichste Oppositionskraft. Aus den Reihen der übrigen relevanten Oppositionsparteien entstand die Initiative, in jedem Wahlkreis nur den jeweils chancenreichsten Kandidaten antreten zu lassen und zu unterstützen. Bei einer Lokalwahl im Februar 2018 in der Fidesz-Hochburg Hódmezővásárhely war die Strategie erfolgreich. Der gemeinsame Oppositionskandidat siegte. Am 8. April hingegen verbuchte Fidesz erneut mit 49,3 Prozent vor Jobbik als zweitstärkster Kraft (19,1 Prozent) die meisten Stimmen auf sich. Außerhalb von Budapest gingen lediglich drei Wahlkreise an die Opposition. Die Regierungspartei sicherte sich damit die Zweidrittelmehrheit im Parlament.¹⁶

Bereits vor den Wahlen brachte die Regierung ein Gesetzespaket unter dem Titel „Stop Soros“ ins Parlament ein. Vorgesehen ist darin unter anderem, dass (1) Organisationen vom Innenministerium zugelassen werden müssen, wenn sie Migration fördern, organisieren oder auf andere Art unterstützen, (2) ausländische Zuwendungen an diese Organisationen mit einer Sondersteuer in Höhe von 25 Prozent belegt werden, (3) ausländische Zuwendungen öffentlich deklariert werden müssen, (4) Bürger, die die Migration fördern, daran gehindert werden, an

13 A Soros-tervről szóló nemzeti konzultáció eredményei, abrufbar unter: <https://nemzetikonzultacio.kormany.hu/> (letzter Zugriff: 15.6.2018) – Durchschnitt als arithmetisches Mittel über alle Fragen hinweg berechnet.

14 Darren Hunt: 'We'll be unrelenting'. Hungary vows to continue fighting European Union bureaucrats, in: Sunday Express, 5.10.2017.

15 Videobotschaft abrufbar unter: <https://www.facebook.com/orbanviktors/videos/10156053978406093/> (letzter Zugriff: 22.8.2018).

16 Nemzeti Választási Iroda: Országgyűlési képviselők választása 2018, abrufbar unter: <http://www.valasztas.hu/ogy2018> (letzter Zugriff: 18.6.2018).

Ungarns EU-Außengrenzen zu gelangen, beziehungsweise des Landes verwiesen werden.¹⁷ Die Vereinten Nationen kritisierten eine ungerechtfertigte Einschränkung der Vereinigungsfreiheit.¹⁸ Auch der Europarat sah das Gesetzespaket im Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsstandards.¹⁹ Zur Einstimmung auf das rauere Umfeld nach den Wahlen veröffentlichte das regierungsnahe Magazin Figyelő auf einer Doppelseite die Liste mit den Namen von 200 Personen, die dem angeblichen Netzwerk von Soros in Ungarn angehören und die dessen Willen durchsetzen sollen.²⁰ Am 20. Juni verabschiedete das Parlament mit den Stimmen der Regierung und von Jobbik die Stop-Soros-Gesetze. Soros' Open Society Stiftung beschloss, ihr Büro in Budapest zu schließen und nach Berlin umzuziehen. Die CEU erwägt einen Umzug nach Wien.²¹

Netzwerke und Korruption

Im September 2017 entsandte der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments eine Fact-Finding-Mission nach Ungarn. Zielsetzung war ein Monitoring der Verwendung von EU-Mitteln. Obwohl die Vorsitzende, Ingeborg Gräßle, betonte, dass der Besuch nicht politisch motiviert sei,²² schlugen die Wellen hoch, als die Agenda der zu besuchenden Projektträger festgelegt wurde. Ungarn klagte, das Komitee habe sich nicht an die von Ungarn vorgeschlagenen Projekte gehalten. Der Besuch eines Eisenbahnprojekts in Orbáns Geburtsort Felcsút könne nur „politische Diskriminierung“ sein.²³ Der Fidesz-Regierung wird seit Jahren Korruption und Veruntreuung von Geldern vorgeworfen, seit 2011 sollen Umsätze in Höhe von 12 Mrd. Euro in Orbáns Umfeld geflossen sein. Zentraler Umschlagplatz ist die staatliche MKB-Bank.²⁴ Zudem unterhält die Notenbank Stiftungen, über die Fidesz-nahen Unternehmen und Günstlingen Gelder zugeschustert werden und ungarische Staatsanleihen verkauft werden.²⁵ Die von Fidesz-Gefolgspersonen geleitete Staatsanwaltschaft ermittelt nicht. Die Gründung einer Europäischen Staatsanwaltschaft lehnt Ungarn ab. Investigative Presseorgane werden systematisch ausgeschaltet. Nach den Wahlen stellte die größte noch verbliebene Oppositionszeitung, Magyar Nemzet, ihr Erscheinen ein. Die Delegation des Europäischen Parlaments konstatierte nach ihrem Besuch in Ungarn, dass das derzeitige Niveau an Korruption, fehlende Transparenz und Rechenschaft, unzulässige Ausgaben und überteuerte Projekte die EU-Grundwerte verletzen. Sie empfahl der Europäischen Kommission Maßnahmen nach Art. 7 EUV.²⁶

Weiterführende Literatur

Frank Furedi: Populism and the European culture wars: the conflict of values between Hungary and the EU, London/New York 2018.

-
- 17 Magyarország kormányának javaslata a Stop Soros törvénycsomagról, abrufbar unter: http://www.kormany.hu/download/c/9a/41000/STOP_SOROS_TORVENYCSOMAG.pdf (letzter Zugriff: 19.6.2018).
 - 18 EUobserver: UN: Hungary's anti-migration bill is 'assault on human rights', 16.2.2018.
 - 19 Eszter Zalan: Germany raises concerns over Hungary's 'Stop Soros' bills, in: EUobserver, 16.2.2018.
 - 20 András Csanády: A spekuláns emberei, in: Figyelő 15/2018.
 - 21 Népszava: Soros György Budapestten tárgyal a CEU költözéséről, 23.6.2018.
 - 22 European Parliament – Press Release: Budget control MEPs to visit Hungary, 15.9.2017, abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20170915IPR84010/budget-control-meps-to-visit-hungary> (letzter Zugriff: 9.8.2018).
 - 23 Eszter Zalan/Nikolaj Nielsen: Budget MEP accuses Orban aide of political interference, in: EUobserver, 8.9.2017.
 - 24 Pester Lloyd: Aufträge und Kredite: Milliarden für den Orbán-Clan, 29.1.2018.
 - 25 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Ungarns Notenbank gerät ins Zwielicht, 22.3.2018.
 - 26 Opinion of the Committee on Budgetary Control on the situation in Hungary (2017/2131(INL)), 26.4.2018.